

Gastkommentar zum Krieg in der Ukraine

Kiew brennt – der Westen zaudert

«Noch ist die Ukraine nicht gestorben» – die erste Zeile der ukrainischen Nationalhymne stammt aus dem 19. Jahrhundert, hat aber in den vergangenen Tagen neue Bedeutung erhalten. Das russische Regime hat sich in einen regelrechten Rausch geschossen, täglich feuert es mehrere hundert Drohnen und Dutzende von Raketen auf Kiew und weitere Grossstädte. Die Angriffe sind die heftigsten seit Beginn des Krieges vor dreieinhalb Jahren überhaupt. Von Kriegsmüdigkeit ist auf der Seite Russlands nichts zu spüren.

Ganz im Gegenteil: Putin hat Blut geleckt und seine Strategie in den vergangenen Wochen geändert, nicht nur auf dem Schlachtfeld. In ungewohnt deutlichen Worten – wenn auch nicht zum ersten

Mal – sprach er der Ukraine jegliches Recht auf einen eigenen Staat ab. Gleichzeitig wiederholte er sein altes Mantra, dass die Bevölkerung der beiden Länder doch letztlich ein und dasselbe Volk seien. Damit entzieht er der Ukraine auch noch das Recht auf eine eigene Kultur.

So richten sich denn die Angriffe der letzten Tage und Nächte auch wieder vermehrt gegen die Zivilbevölkerung. Für den Verlauf der Front bringen sie kaum Vorteile, sie unterstreichen aber Putins Forderung, dass die Ukraine nun endlich aufgeben solle, um ins russische Reich «heimzukehren». Sein Argument, wonach der Krieg gegen die Ukraine vor allem eine Verteidigung gegen die expandierende Nato sei, hat er seit längerem gar nicht mehr erst

bemüht; vorgeschoben war es sowieso immer.

Schliesslich ist auch bemerkenswert, wie konsequent die russische Wirtschaft inzwischen auf Krieg eingestellt ist. Die Armee kann es sich erlauben, innerhalb einer Woche mehrere tausend Drohnen abzufeuern, weil die Produktion derselben ein Rekordhoch erreicht hat. Die Sanktionen haben kaum Auswirkungen auf das Alltagsleben, die Stimmung im Lande erreicht auch hier selten gesehene positive Umfragewerte.

Für die Ukraine ist dieser Krieg in den letzten Wochen aber in eine entscheidende Phase getreten, und dies nicht nur wegen der Intensivierung der russischen Angriffe und des vermehrten Beschusses von Grossstädten. Denn das angegriffene

Land ist derzeit so auf sich alleine gestellt wie kaum je seit Kriegsbeginn. Vorbei die Zeiten, als Macron, Starmer, Merz und Tusk demonstrative Geschlossenheit zeigten und Wolodimir Selenski in Kiew besuchten. Die öffentlichkeitswirksam gemachten Versprechungen, die Ukraine zu unterstützen – «mit allem, was es braucht» – sind wirkungslos verhallt.

Passend zu dieser Entwicklung haben sich die Diskussionen der letzten Tage denn auch nicht mehr mit der Verteidigung der Ukraine beschäftigt, sondern mit deren Wiederaufbau nach dem Ende des Krieges. Dieser wird nach aktuellen Schätzungen mehrere 100 Milliarden Euro kosten, welche durch eine internationale Gemeinschaft getragen werden müssen. Allerdings zeigt dieser Diskurs, wie wenig noch

an einen Sieg der Ukraine geglaubt wird.

Vielmehr scheint sich in Europa eine für die Ukraine bittere Einsicht durchzusetzen: Das Land ist nicht mehr zu retten, wir bereiten uns deshalb bereits auf die nächste Phase vor – den russischen Angriff auf ein westliches Land. So haben die Regierungen der vormaligen «Koalition der Willigen» insbesondere Ausgaben für die eigene Verteidigung beschlossen und damit das östlichste Land Europas dem russischen Imperium wohl endgültig zum Frass vorgeworfen.

Eine angemessene Reaktion auf die jüngste russische Eskalation würde ein geschlossenes und überzeugtes Auftreten Europas voraussetzen. Der Vormarsch gegen den Westen – der längst nicht mehr

nur ein Krieg gegen die Ukraine ist – kann nur gestoppt werden, wenn der Preis für das russische Regime massiv steigt. Dies beinhaltet sowohl militärische Unterstützung als auch eine politische unité de doctrine, die Putin klarmacht, dass ein Durchmarsch ins Baltikum oder nach Polen keine Option darstellt. Die zögerlichen Taten der letzten Wochen haben aber gerade in dieser Hinsicht deutliche Zweifel aufkommen lassen.



Marcel Hirsinger ist Osteuropaexperte und Dozent an der Hochschule für Wirtschaft FHNW in Olten.

Lisa Schneider

Vollmundig hatte US-Präsident Donald Trump am vergangenen Samstag verkündet: Es bestehe eine «gute Chance», dass man «noch in dieser Woche» einen Waffenruhe-Geisel-Deal mit der Hamas erreichen werde. Nun ist die Woche beinahe vorbei – und ein Abkommen weiterhin nur in Aussicht.

Verschiedene Meldungen liessen in den vergangenen Tagen die Hoffnungen wachsen – nicht nur bei Zivilistinnen und Zivilisten im Gaza-Streifen, sondern auch bei den Angehörigen der dort verbliebenen Geiseln – und dann wieder die Angst. Am Mittwoch erklärte Israels Premier Benjamin Netanyahu: Es herrsche Einigkeit mit Trump, dass man «nicht um jeden Preis» auf ein Abkommen eingehen werde.

Wie steht es also um den Deal – und woran könnte er noch scheitern? Bei den Verhandlungen, die in der katarischen Hauptstadt Doha indirekt zwischen der Hamas und Israel geführt werden, gibt es laut Medienberichten drei Problemstellen.

Hilfslieferungen

Die Hamas fordert, dass es wieder eine Verteilung von Hilfsgütern über die von den Vereinten Nationen geförderten und etablierten Mechanismen geben müsse. Derzeit kommen zu wenig Hilfsgüter in den Gaza-Streifen, verteilt wird vor allem über die Gaza Humanitarian Foundation (GHF), an der es viel Kritik gibt. Israel hatte auf diesen alternativen Verteilmechanismus bestanden, um nach eigenen Angaben zu verhindern, dass Hilfsgüter von der Hamas abgezweigt würden. Laut lokalen Medien gibt es bezüglich der Hilfslieferungen eine Annäherung.

Truppenpräsenz

Beim zweiten Knackpunkt scheinen die Verhandlungen



Mitglieder der Familie Nijim hängen Wäsche in den Trümmern ihres Hauses in Jabaliya, im Gaza-Streifen, auf. Bild: Jihad Alshrafi/AP

Ein Streitpunkt scheint unüberwindbar: Donald Trumps Gaza-Deal stockt

Zwar gibt es Fortschritte bei den Verhandlungen in Doha – doch zentrale Fragen bleiben ungelöst.

komplizierter: Laut den Forderungen der Hamas soll Israel seine Bodentruppen auf die Positionen zurückziehen, die es vor dem Ende der Waffenruhe im März hielt. Israel soll hingegen einige strategische Punkte weiter halten wollen. Mehrfach hatte das israelische Verhandlungsteam laut der «Times of Israel» neue Vorschläge für einen Teilabzug der Truppen vorgelegt, die Debatten halten wohl an.

Waffenstillstand

Bleibt der am schwersten zu lösende Konflikt: Die Dauer der Waffenruhe und ein mögliches Ende des Krieges. Derzeit wird über einen Waffenstillstand von sechzig Tagen verhandelt. Insgesamt sollen in den sechzig Tagen Waffenruhe zehn Geiseln freigelassen werden, die Hälfte der 20 im Gaza-Streifen Verbliebenen: acht am ersten Tag, zwei am fünfzigsten Tag. Von den 27 toten Geiseln sollen fünf am

siebten Tag der Waffenruhe übergeben werden, fünf weitere nach dreissig Tagen und acht am letzten Tag. Nach Medienberichten soll die Hamas aussuchen dürfen, wer freikommt.

Im derzeit auf dem Tisch liegenden Deal ist nach Berichten vermerkt, dass die Waffenruhe verlängert werden kann, so sich Israel und die Hamas auf ernsthafte Folgeverhandlungen einlassen. Netanyahu fordert, «dass Gaza keine Bedrohung

mehr für Israel darstellt». Das bedeute: «keine Hamas».

Alles Entgegenkommen in den Verhandlungen kann also nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Kernproblem weiter besteht: Israel fordert von der Hamas, die Waffen und die Kontrolle abzugeben – und von ihren Anführern, den Gaza-Streifen zu verlassen. Von der Hamas scheint es dazu kaum Bereitschaft zu geben. So würde diese Waffenruhe – wenn sie denn kommt – nach

gegenwärtigem Stand nur für eine Verzögerung des Krieges sorgen, nicht aber für dessen Ende. Das Szenario scheint sich nicht grossartig zu unterscheiden von dem des letzten Deals im Januar: eine temporäre Waffenruhe im Austausch gegen eine begrenzte Anzahl an Geiseln.

Auch die Frage, wie ein Gaza-Streifen post-Hamas aussehen könnte, ist weiter offen. Eine Übernahme der Kontrolle durch die Palästinensische Autonomiebehörde lehnte Israel bislang ab. Und eine «freiwillige» Umsiedlung der Palästinenser, wie sie US-Präsident Trump vorschlug, wäre völkerrechtswidrig und selbst guten Verbündeten Israels wohl nur schwer zu verkaufen. Was soll also mit der Bevölkerung passieren, wer soll sie kontrollieren und schützen?

Jüngst hatte Verteidigungsminister Israel Katz einen Vorstoss gemacht: Auf dem Gebiet des an der Grenze zu Ägypten gelegenen und stark beschädigten Rafah soll eine «humanitäre Stadt» entstehen; 600'000 Palästinenser, die derzeit im Gebiet Al-Mawasi ausweichen, dorthin umgesiedelt werden. Zuvor sollen sie «überprüft» werden, um zu vermeiden, dass Hamas-Angehörige unter ihnen seien. Den Menschen sei es – einmal in dieser «humanitären Stadt» angekommen – nicht gestattet, sie zu verlassen.

Katz führte weiter aus: Letztlich solle die gesamte Zivilbevölkerung des Gaza-Streifens, etwa zwei Millionen Menschen, dorthin gebracht werden. Nicht das israelische Militär solle sie betreuen, sondern «internationale Organisationen». Der Ankündigung folgte sofort die Befürchtung, dass die Menschen in den Camps letztlich zur Ausreise gebracht werden sollen.

Bis diese Grundprobleme gelöst sind – was mit der Hamas geschehen soll und wer ihren Platz als Machthaber in Gaza einnimmt – wird jede Waffenruhe maximal eine Pause bleiben. Nicht aber eine Lösung.